

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Grünen Oberursel,

um die menschlichen Lebensgrundlagen zu bewahren ist es notwendig, dass wir die Erwärmung der globalen mittleren Erdoberflächentemperatur auf maximal 1,5°C im Verhältnis zur vorindustriellen Zeit begrenzen. Glücklicherweise wurde vor etwas über 5 Jahren von allen international anerkannten Staaten im Pariser Klimaabkommen festgeschrieben, dass Anstrengungen unternommen werden müssen, die Erwärmung auf 1,5°C zu begrenzen. In Deutschland wurde das Pariser Klimaabkommen vom Bundestag einstimmig ratifiziert.

Jede Begrenzung der globalen Erwärmung erlaubt nur noch die Emission einer begrenzten CO₂-Menge. Dazu hat der Weltklimarat im Jahr 2018 ein Sondergutachten veröffentlicht. Dort kann man in einer Tabelle nachlesen, wie groß das Emissionsbudget für ein bestimmtes Klimaziel noch ist¹. Um mit 67% Wahrscheinlichkeit unter 1,5 Grad zu bleiben, können wir ab Anfang 2018 weltweit noch 420 Milliarden Tonnen emittieren². Ab Anfang 2021 sind das deutlich weniger.

Bestenfalls kann Deutschland von diesem Restbudget den Anteil beanspruchen, der seinem Anteil an der Weltbevölkerung entspricht, also 1,1%.

Wenn die Emissionen bald wieder auf das Niveau von vor Corona ansteigen und gleich bleiben, ist das Budget in 5 Jahren aufgebraucht.

Wenn die Emissionen linear auf Null sinken, wäre das Budget im Jahr 2032 aufgebraucht.

Deutschland kann aber anfangs mehr als eine lineare Reduktion schaffen - damit müssen wir erst etwa 2035 bei Null sein.³

Um diese Herausforderung zu meistern, müssen auf allen politischen Ebenen - da Föderalstaat - Beschlüsse und Maßnahmen erfolgen, die insgesamt dafür sorgen, dass die Emissionen konform dieses Absenkpfadens reduziert werden. Das bedeutet für Oberursel: Das Ziel muss die Klimaneutralität bis spätestens 2035 sein, welches mit allen Einflussmöglichkeiten resolut verfolgt werden muss.

Wir als Fridays for Future Hochtaunuskreis haben in Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren der Klima/Umweltbewegung und Akteuren aus dem wissenschaftlichen Bereich 10 Aussagen formuliert. Dass die Fraktionen in der nächsten Stadtverordnetenversammlung diese Aussagen unterstützen, sehen wir als notwendig an, um den benötigten Beitrag Oberursels für 1,5 Grad zu leisten. Wir möchten Sie deshalb bitten, uns zu diesen Aussagen Ihren Standpunkt mitzuteilen.

Die Aussagen beziehen sich entweder auf Ihren allgemeinen Standpunkt und auf Ihre Ziele - oder sie beziehen sich auf konkrete Maßnahmen.

¹ IPCC-Report 2018: <https://www.ipcc.ch/sr15/>

² Artikel von Stephan Rahmstorf: <https://scilogs.spektrum.de/klimalounge/wie-viel-co2-kann-deutschland-noch-ausstossen/>

³ <https://fridaysforfuture.de/studie/schluesselergebnisse/>

Wenn wir uns auf Ziele beziehen, möchten wir gerne wissen, ob Ihre Partei/Wählerliste möchte, dass dieses Ziel erreicht wird und alles in ihrer Kraft stehende dafür tun wird. 100% werden diese Ziele nicht aus eigener Kraft auf kommunaler Ebene erreicht werden können, weil dazu relevante Stellschrauben auf Land- Bund- und EU-Ebene gestellt werden müssen. Die Kommunalebene hat jedoch einen gewissen Gestaltungsbereich und kann dort signifikant Einfluss auf die Entwicklung der Treibhausgasemissionen ausüben. Es ist deshalb genauso notwendig, dass auf kommunaler Ebene Maßnahmen getroffen werden, die bestmöglich Treibhausgasemissionen reduzieren. Das Ziel muss dabei dasselbe sein, wie es auf allen anderen politischen Ebenen sein sollte - letztlich immer die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad.

Bei Aussagen zu konkreten Maßnahmen möchten wir hingegen explizit wissen, ob Sie konkrete Maßnahmen umsetzen werden.

Sie können zu allen Aussagen entweder mit "Stimmen zu ", "Stimmen teilweise zu" oder "Stimmen nicht zu " antworten sowie zu einzelnen Aussagen eine Begründung/Erläuterung ihres Standpunkts anfügen. Je mehr Standpunkte Sie zusätzlich zur „Ja /Nein“-Antwort erläutern, umso differenzierter wird das Bild über Ihre klimapolitischen Ziele. Wenn Sie genug Zeit haben, würde es uns also sehr freuen, wenn Sie allen Antworten eine Erläuterung anfügen.

Im Endergebnis möchten wir die Ergebnisse in einer übersichtlichen Tabelle aufbereiten und veröffentlichen.

Oberursel

Unterstützt Ihre Partei/Wählerliste die folgenden Aussagen und Forderungen?

Allgemein

1. Die vom Menschen verursachte Klimakrise ist eine existentielle Bedrohung. Oberursel muss die Auswirkungen auf Klima und Umwelt bei sämtlichen Entscheidungen berücksichtigen.

x Stimmen zu

Für uns GRÜNE ist die Begrenzung der Folgen der Klimakrise die zentrale Aufgabe der Politik auf allen Ebenen. Das heißt für uns in Oberursel, dass alle politischen Entscheidungen daran gemessen werden müssen, ob sie mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2035 vereinbar sind. Wir verstehen Klimapolitik als Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche der städtischen Politik und Aufgabenfelder betrifft. Genauso haben wir auch unser Wahlprogramm aufgebaut. Ein wesentliches Ziel unseres Wahlkampfes ist es, nun auch politische Mehrheiten für eine aktive und vor allen Dingen effektive Klimaschutzpolitik zu erhalten.

2. Die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens und die Begrenzung der globalen Erwärmung auf höchstens 1,5 Grad ist Aufgabe von höchster Priorität. Ziel ist deshalb, dass Oberursel bis spätestens 2035 klimaneutral wird. Bereits Ende der nächsten Legislaturperiode der Stadtverordnetenversammlung müssen die Treibhausgasemissionen in Deutschland im Vergleich zu 1990 um 60% gesunken sein; bis Ende der übernächsten Legislaturperiode um 85%. Daran orientieren wir uns.

x Stimmen zu

Wir streben für Oberursel an, dass wir die Ziele des Pariser Klima-Abkommens einhalten. Deshalb verstehen wir es als die zentrale Aufgabe für unsere Stadt Oberursel an, Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen. Klimaneutralität bis 2035 ist deshalb auch eine der zentralen Forderungen in unserem Wahlprogramm. Wir werden alles tun, was im Rahmen der Handlungsmöglichkeiten der Stadt liegt, um dieses Ziel zu erreichen. In den letzten Jahren wurde viel zu wenig dafür getan. Deshalb müssen wir in der kommenden Legislaturperiode große Schritte auf diesem Weg gehen.

3. Wir werden dafür sorgen, dass das Klimaschutzkonzept so gestaltet bzw. umgestaltet wird, dass Klimaneutralität – 1,5 Grad konform – bis spätestens 2035 sichergestellt werden kann. Die Umsetzung hat für uns oberste Priorität.

X Stimmen zu

Das Klimaschutzkonzept wurde von dem GRÜNEN 1. Stadtrat Christof Fink auf den Weg gebracht. Leider wurde es durch die bisherige parlamentarische Mehrheit aus SPD und CDU deutlich abgespeckt. Insbesondere der Bereich der

Klimafolgenabschätzung wurde aus dem Klimakonzept entfernt. Das wurde erst mit dem Haushalt 2020 auf Antrag von uns GRÜNEN revidiert. Leider liegen aufgrund dieses deutlichen Zeitverzugs noch keine Umsetzungsmaßnahmen vor. Deshalb wollen hier weiter deutlich nachschärfen: Wir wollen das Jahr 2035 als Zieldatum für die Klimaneutralität hineinschreiben und die Stadt dazu verpflichten, ihre Entscheidungen an diesem Ziel zu messen. Wir wollen weitere Teilbereiche in das Klimaschutzkonzept integrieren. Dazu müssen wir auch in der Verwaltung dem Klimaschutz einen strukturellen Vorrang einräumen: Klimaschutz soll Prüfstein für alle städtischen Projekte werden. Wir wollen die Stelle des Klimaschutzmanagements entfristen und diesem ein Mitspracherecht bei allen relevanten Entscheidungen der Stadt einräumen.

Bereich Energie und Bauen

4. Wir haben das Ziel, alle Gebäude in öffentlicher Hand klimaneutral zu gestalten. Dazu müssen bestehende Gebäude energetisch saniert und alle geeigneten Dächer mit Photovoltaikanlagen und / oder Dachbegrünung ausgestattet werden.

x Stimmen zu

Die Stadt muss Vorbild sein bei der Frage der energetischen Sanierung und Gestaltung ihrer Liegenschaften. Ziel ist es, dass alle städtischen Gebäude CO2 neutral werden. Photovoltaik, aber auch Solarthermie, Wärmepumpen, Wärmedämmung und Dachbegrünung sind wichtige Instrumente um dieses Ziel zu erreichen. Wichtig ist uns auch, bei Umbau und Sanierung die Gesamt-Öko-Bilanz im Auge zu haben, also die Betrachtung aller relevanten Umweltauswirkungen eines Projektes. So kann eine Sanierung möglicherweise nur eingeschränkt Co2-Neutralität erreichen, aber eine insgesamt eine deutlich bessere Öko-Bilanz erreichen.

5. Wir planen spezifische und sofortige Maßnahmen, um die Ausstattung geeigneter Dächer mit Photovoltaik und den Ausbau der Erneuerbaren Energien im Wärmebereich zu beschleunigen.

x Stimmen zu

Sobald es rechtlich möglich ist, wollen wir für Oberursel eine „Solarpflicht“ einführen, d.h. bei allen Neubauten müssen solarenergetische Anlagen mitgeplant und gebaut werden. Weiterhin wollen wir die Beratung ausbauen, entweder durch eine sichtbare – evtl. bei den Stadtwerken angedockte – Energieberatungsstelle etablieren, die Bauherren, Eigentümer und Mieter über die Möglichkeiten der energetischen Sanierung, des Energiesparens und der damit verbundenen Förderprogramme informiert und bei Planung und Umsetzung unterstützt, oder durch eine Vernetzung und Stärkung der vorhandenen Beratungsangebote.

6. Wir wollen alles in unserer Verantwortung stehende dafür tun, dass Oberursel bis spätestens 2035 zu 100% mit erneuerbaren Energien versorgt wird.

x Stimmen zu

Wir verstehen die Frage so, dass sich darauf bezieht, wie die Energieversorgung für alle Menschen, Infrastruktureinrichtungen und Unternehmen in Oberursel sein soll. Unser Ziel ist es, dass die Energiewende in Deutschland vollendet wird und somit auch Oberursel vollständig mit erneuerbaren Energien versorgt wird. Die Rahmenbedingungen werden aber überwiegend auf anderen politischen Ebenen gestaltet und die kommunalen Handlungsmöglichkeiten sind da relativ gering. Wir werden aber alle kommunalen Hebel in Bewegung setzen, um dieses Ziel so schnell wie möglich zu erreichen.

Wir freuen uns, dass die Stadtwerke als städtische Gesellschaft in einem ersten Schritt ausschließlich Öko-Strom anbietet. Unser Ziel ist es aber, dass die Stadtwerke in Zukunft „echten Ökostrom“ vertreibt, z.B. über Lieferverträge mit regenerativen Stromerzeugern, die neue Erzeugungsanlagen auf Basis erneuerbare Energien bauen und dadurch die Energiewende voranbringen. Oder über einen beschleunigten Ausbau eigener Erneuerbare Energie Erzeugungsanlagen im Stadtgebiet. Wenn sich die Stadtwerke an anderen Energieerzeugungsprojekten beteiligen, sollten dies nur regenerative Energiequellen sein. Auch erscheint es uns sinnvoll, ein Förderprogramm für mobile Solarpanels aufzulegen, die es auch Mietenden ermöglicht, eigenen regenerativen Strom zu erzeugen und zu nutzen.

Ideen und Projekte zur Förderung der Nutzung von Erneuerbaren Energien auf kommunaler Ebene, die von Bund und Land gefördert werden, sollen die Stadt und die Stadtwerke zukünftig so weit wie möglich nutzen.

Bereich Verkehr / Mobilitätswende

7. Wir setzen uns für eine umfassende Verkehrswende ein – das bedeutet, dass die Verkehrsinfrastruktur im eigenen Verantwortungsbereich so umgestaltet wird, dass spätestens 2035 CO2-Neutralität möglich ist.

x Stimmen zu

Unsere Vorstellung von einer nachhaltigen Mobilität geht davon aus, dass alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt am Verkehr teilnehmen können und der Verkehr, wie alle anderen Bereiche auch, bis 2035 klimaneutral wird. Der Öffentliche Nahverkehr muss attraktiver werden, die Verkehrsinfrastruktur für ÖPNV, Rad- und Fußverkehr muss weiter ausgebaut werden. Beispielsweise gehören dazu überdachte Fahrradabstellanlagen oder Fahrradboxen, überdachte Bushaltestellen mit Sitzmöglichkeiten, Schnellbusverbindungen und Anrufsammeltaxis. Aber auch ein Lastenrad-Verleihsystem und andere Möglichkeiten sind – gemeinsam mit Partner – eine Möglichkeit, die Verkehrswende durch viele einzelne Maßnahmen voran zu bringen. Wir wollen im Rahmen unserer städtischen Möglichkeiten den ÖPNV stärken und die Wende hin zu einem klimafreundlichen motorisierten Individualverkehr (MIV) – Stichwort Elektromobilität – fördern.

8. Der Ausbau und die Sicherheit von Fahrrad- und Fußwegen haben Priorität, auch zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs (ausgenommen natürlich E-Bikes/Pedelecs).

x Stimmen zu

In den letzten Jahrzehnten wurde Verkehr und Mobilität hauptsächlich vom Auto her gedacht. Das muss sich ändern. Wir wollen Fußgängern und Radfahrern mehr Raum im Straßenverkehr einräumen, um so die Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen. Aufgrund des begrenzten Verkehrsraumes wird das auch im ein oder anderen Fall zu weniger Platz für den MIV führen. Die Infrastruktur von Fahrrad- und Fußwegen muss ausgebaut werden, beispielsweise Fahrradstraßen auf Schulrouten. Zusätzlich soweit gesetzlich möglich wollen wir Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit im Stadtgebiet etablieren.

9. Das Angebot des öffentlichen Personennahverkehr soll durch mehr Verbindungen und höhere Taktung erweitert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Nutzung für alle Bürger*innen kostengünstiger wird und sorgen dafür, dass alle Fahrzeuge des öffentlichen Personennahverkehrs schnellstmöglich auf klimaneutrale Antriebe umgestellt werden.

x Stimmen zu

Hier in Oberursel ist das Stadtbussystem in städtischer Trägerschaft. Wir wollen, dass alle Stadtbusse so schnell wie möglich auf klimaneutrale Antriebe umgestellt werden. Ob das Elektroantriebe oder Wasserstoffantriebe sein werden, können wir jetzt noch nicht sagen. Wir setzen hier auf die interkommunale Zusammenarbeit, so dass Lade-Infrastruktur möglich und finanzierbar ist. Die Preisgestaltung des ÖPNV ist in der Hand des RMV und darauf hat die Stadt leider nur wenig Einfluss. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit niedrigem Einkommen, kostengünstiger den Stadtbus nutzen können. Als Instrument hierfür können wir uns den Oberursel Pass vorstellen. Ebenso setzen wir uns für einen allgemein kostenfreien Stadtbus an Festen wie z.B. dem Brunnenfest oder dem Herbsttreiben ein. Das wäre ein guter Beitrag die Innenstadt während solcher Veranstaltungen von dem Autoverkehr zu entlasten.

Bereich grüne Stadtentwicklung - Klimafolgenanpassung & Erhalt der Biodiversität

10. Für uns hat eine ökologische Stadtentwicklung Priorität. Wir sorgen mit resoluten Maßnahmen für Erhalt unversiegelter Flächen, Entsiegelung und Stadtbegrünung. Bei sämtlichen Bauvorhaben ist auf den Erhalt von Frischluftschneisen und Stadtbegrünung zu achten bzw. sind diese neu zu schaffen.

x Stimmen zu

Für uns GRÜNE gilt schon seit vielen Jahren: Innenentwicklung vor Außenentwicklung, d.h. wir wollen die grünen Ortsränder schützen und weitestgehend nur auf schon versiegelten Flächen bauen. Wir wollen einen sozialen und ökologischen Stadtentwicklungsplan, in dem langfristig festgelegt wird, in welchen Bereichen gebaut werden soll und auf welchen Flächen die Natur geschützt werden muss. Bebauung können wir uns nur noch entlang des schienengebundenen Nahverkehrs vorstellen. Innerstädtisch müssen die Grünflächen erhalten und wo notwendig klimaresistent umgebaut werden. Wir wollen städtische Plätze und Flächen stärker begrünen und die Begrünung von Häusern fördern.